

Stephan Leibfried

Abschied von der Staatsillusion

Aller anderslautenden Beteuerung zum Trotz sieht der Autor im Entwurf ein zum Teil wehmütiges Festhalten am Staatsgedanken der alten Bundesrepublik. Deutschland sei damit nicht »auf der Höhe der Zeit« und beraube sich eigener Gestaltungsmacht. Aber er skizziert auch mögliche Auswege aus der Selbstfesselung: z.B. einen *European New Deal*.

Verjährt Traum

Bei der Lektüre des Abschnitts »Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat« hatte ich – als einschlägig arbeitender Wissenschaftler – den Eindruck, die Verfasser lebten vielleicht doch noch in den 50er oder 60er Jahren, also in einer Ausnahmezeit, dem »kurzen Traum« des geschlossenen, souveränen und (eher) plenipotenten Nationalstaates. Sollte man im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts diesen Eindruck erwecken? Spiegelte man dann nicht den Menschen Macht vor, die aber wiederum täglich die Ohnmacht deutlich spüren?

Wir leben doch in einer Zeit, in der mehr als die Hälfte unserer Gesetzgebung supranational (EU) oder international (WTO, internationale Verträge usf.) vorbestimmt ist, wo das Parlament allenfalls »umsetzt«, nachvollzieht und kontinuierlich mehr Macht der Exekutive zuwächst. Der Entwurf ignoriert das, wenn dort z.B. steht: »Der Staat ist dazu da, Recht und damit verbindliche Regeln zu setzen und durchzusetzen.«

Wir leben somit in einer Zeit, in der die Demokratie von innen immer hohler geworden ist, weil die wesentlichen Themen auswandern – und dort wo sie hinwandern, greifen die herkömmlichen Formen der Demokratie nicht. Wir leben ferner in einer Zeit, in der uns weite Bereiche des »alten Staates« – etwa der »Staat der Daseinsvorsorge« durch Post, Bahn, Strom- und Gasversorgung, Öffentlichen Nahverkehr, Schwimmbäder usf. bzw. »der Staat als Unternehmer«

und Subventionierer – seit den 80er Jahren europaweit weggeschmolzen sind und weiter wegschmelzen. Auch der Kernsozialstaat ist von diesen Prozessen längst erfasst, wie uns die Auseinandersetzungen um die *Hartz*-Gesetze seit 2004 handgreiflich zeigt. Mit dem »Gewährleistungsstaat« versucht nun der alte Staat, der kein »Produktionsstaat« mehr sein kann, noch einmal Flagge zu zeigen. Auch die Staatsressourcen (Personal, Steuern usf.) werden neu geformt: Das Steuersystem wird international in Korridore eingebettet, die Personalstruktur massiv verschlankt und durch ein *New Public Management* neu massiert und aufgestellt. Vor allem setzt die Konkurrenz der Staaten untereinander jedem Staatswesen Rahmendaten. All dies sind Prozesse, die seit den 80er Jahren in der ganzen OECD-Welt ablaufen und Entwicklungen, die durch die Europäische Integration mit vorangetrieben und mitgeformt wurden und werden. Deutschland und Frankreich hinken da eher hinterher; sie haben von daher weniger Gestaltungsmacht als andere – eher haben sie hilflose Blockierungsmacht.

All diese Prozesse werden in dem Staatsabschnitt des Programms nicht systematisch konfrontiert und umrissen. Man erwischt einige »Zipfel« der Veränderungen, vor allem die »Bedrohung des Gewaltmonopols«, touchiert auch die »Privatisierung« wie die Bedrohung der »bürgerorientierten Daseinsvorsorge«. Dem stellt man plakativ einige Forderungen zur »öffentlichen Verantwortung«

und »bürgernehen Verwaltung« gegenüber. »Soziale Sicherheit ist keine Ware«, Bildung ebenso, überhaupt: »Sicherheit ... ist eine Bringschuld des Staates« (bei Kriminalität) usf. Man könnte fast den Eindruck haben, die vergleichsweise große Betonung der »Zivilgesellschaft« am Anfang – in der die Bewegungen seit den 70er Jahren aufgegriffen und festgeschrieben werden – solle einen *do-it-yourself*-, einen *Trimm-Dich*-Ausweg bieten, solle in die neue »Heimat« weisen, die einst der Staat als »alte Heimat« bot, getreu dem Motto: Wir konfrontieren die großen Veränderungen der letzten drei Jahrzehnte nicht direkt, wir gehen lieber einen ablenkenden Seiten-, den Selbsthilfeweg? Und natürlich verweist man im 1. Kapitel plenar in einem Stoßgebet auf »Die Zeit, in der wir leben« und »Die Widersprüche der Globalisierung« – nur ohne dass dies konkret in den Staatsteil eingehen würde.

Zaghafte Perspektiven

Immerhin leuchtet im Pogramm unter der Überschrift »Das soziale und demokratische Europa« zaghaft und eher traditionell *eine* mögliche Therapie auf, die am »Standortvorteil Europa« ansetzt. Mit der europäischen Integration bietet sich derzeit *noch* eine Chance, für alle europäischen Staaten gemeinsam eine Gestaltungsmacht zurück zu gewinnen, die sie jeweils als Einzelstaat längst verloren haben. Der Europäische Binnenmarkt ist längst so groß wie der US-amerikanische und der überwiegende Teil unserer Ex- und Importe wird zwischen Mitgliedsstaaten abgewickelt. Wir müssten in Europa »nur« unsere eigene Nationalstaatsabhängigkeit, unsere Selbstfesselung, überwinden, um im Weltmarkt ähnlich unabhängig dazustehen wie derzeit die USA. Gleichzeitig könnten wir in einigen europäischen Regionen – zumindest in einem Europa mehrerer Geschwindigkeiten – so gemeinsam mehr

soziale Selbstgestaltungsmacht zurückgewinnen als wir sie jeweils heute national haben.

Dann hätten wir eine innere Unabhängigkeit zurück gewonnen, über die die USA nicht verfügen. Eigentlich bräuchten wir heute einen *European New Deal*, nicht nur in der europäischen Sicherheitspolitik, sondern gerade in der europäischen Innenpolitik. Das wir den nicht bekommen werden, hängt wiederum auch mit den verschränkten, jeweils nationalen Scheuklappen zusammen, eben mit der bereits erwähnten »Staatsillusion« – wir vermögen selber unsere eigene *New Frontier* nicht zu erkennen.

Vielleicht wird der »Staat« auch zu nüchtern-technisch gesehen: Im Entwurf sieht man ihn nur zuständig »für die Bedingungen der Wahrheitsfindung«, gewissermaßen als »Wahrheits-Infrastruktur«. Aber ist er dann nicht auch gleichzeitig *Wahrheitsermöglischer* und nicht gewissermaßen auch selber Teil der Wahrheit? Und sind wir über »Bindungen und Ligaturen« uns selbst und »ihm« nicht weit mehr schuldig, wenn wir uns heute ganz anderen Staatsverständnissen gegenübersehen, die solche Selbstbindungen verneinen? Müssen wir dann unsere Selbstbindungen nicht genauer konfrontieren ... und uns auch binden?

Nun, es ist nicht die Aufgabe eines Parteiprogramms, Analysen auf dem Niveau von Marxens *Kapital* zu liefern. Aber, um bei dieser Metapher zu bleiben, auf das analytische Niveau eines *Manifests* könnte man doch kommen, nur eben auf die Höhe der heutigen Zeit? *Ergo*: Die Zerfaserungslinien des heutigen Staatswesens müssten stärker akzentuiert werden.



Stephan Leibfried (*1944) ist Professor am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen.
stlf@zes.uni-bremen.de